An unsern Leserkreis und den Vorstand des V.A.S.

Autor(en): **Kaeser, Fritz**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Mitteilungen über Textilindustrie : schweizerische Fachschrift für die gesamte Textilindustrie**

Band (Jahr): **27 (1920)**

Heft 12

PDF erstellt am: **03.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-627772

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Nr. 12. XXVII. Jahrgang 25. Juni 1920

MITTEILUNGEN ÜBER TEXTIL-INDUSTRIE

Adresse für redaktionelle Beiträge, Inserate u. Expedition: Fritz Kaeser, Metropol, Zürich. — Telephon Selnau 63.97
Neue Abonnements werden daselbst und auf jedem Postbureau entgegengenommen. — Postcheck- und Girokonto VIII 1656, Zürich

Nachdruck, soweit nicht untersagt, ist nur mit vollständiger Quellenangabe gestattet

An unsern Leserkreis und an den Vorstand des V. A. S.

In der letzten Nummer habe ich auseinandergesetzt, warum ich anläßlich der letzten Generalversammlung des V. A. S. trotz eines in Aussicht gestellten verhältnismäßig hohen Salärs für Chefredaktion keine bindende Zusage auf die gestellten Bedingungen abgeben konnte.

Heute erwidere ich auf die von Seite des Präsidenten des V. A. S., Herrn Dr. H. Zoller, anläßlich der Generalversammlung getane und in dem von ihm verfaßten Bericht über diese Versammlung neuerdings aufrecht erhaltene Anschuldigung, „daß Herr Fritz Kaeser wiederholt seine Kompetenzen als Chefredaktor auf schmähliche Art mißbraucht und überschritten habe". Dieser Vorwurf ist so schwerwiegend, daß ich ihn nicht ohne weiteres hinnehmen kann. Er reiht sich an verschiedene pamphletist. Veröffentlichungen an, die von Vorstandsmitgliedern verfaßt und mit der Unterschrift des Vorstandes versehen, an die Mitglieder des V. A. S. und weitere Kreise versandt worden sind, mit der ausgesprochenen Absicht, mein Ansehen bei diesen zu schädigen und mich in Mißkredit zu bringen. Genau besehen, hat man sich von jener Seite der gleichen Mittel bedient, wie etwa bei Wahlen in der Stadt Zürich Parteigegner in der unflätigsten Weise besudelt werden, um die Stimmung für die eigenen Kandidaten gefügig zu machen. Es war demnach eine politische oder in unserem Fall eine mehr standespolitische Aktion, die sich von Beginn Dezember 1919 oder in ihren Anfängen noch von viel früher her bis zur Gegenwart fortgespielt hat. In auffälliger Weise kam diese Tendenz in nicht zu weit abliegender Zeit zum ersten Mal zum Ausdruck bei der Lancierung der „Standespolitiknummer" unserer Zeitung, dann im Ueberrumplungsakt mit Zensurkommission und Audienzrichter, um die Zeitung auf einen Schlag in die Hände standespolitischer, agitationsbegieriger Vorstandsmitglieder zu bringen. Hierauf folgte die Kündigung meiner Stellung als Chefredaktor und die Einberufung einer Generalversammlung auf Ende Januar mittelst eines mich verunglimpfenden vierseitigen Pamphletes, für das der Ausspruch, es lüge wie gedruckt nicht übertrieben ist. Daran reihte sich die Bestätigung meiner Kündigung durch diese Versammlung. Am 15. Februar fand die von mir auf „Zimmerleuten" einberufene Versammlung statt, wo trotz der grassierenden Grippe sich von unsern besten und angesehensten Mitgliedern aus der gesamten Schweiz seit langer Zeit zum ersten Mal wieder zusammenfanden und ihrer Meinung dahin Ausdruck gaben, daß die Zeitung, wie sie von mir seit Jahren redigiert werde, in dieser Art unseren Mitgliedern und dem gesamten Leserkreis unserer Textilindustrie wohl am besten konvenieren könne. Der Vorstand hatte eine offizielle Teilnahme an dieser Versammlung abgesagt gehabt, dafür aber seine oppositionellsten Mitglieder mit einem getreuen Anhang hergeschickt, damit sie mit hartnäckiger Obstruktion ein Resultat der Versammlung unmöglich machten. Wenn trotzdem daselbst mit Stimmenmehrheit eine Resolution gefaßt worden ist, es sei ein Schiedsgericht einzusetzen, das eine Verständigung zwischen dem Chefredaktor und dem Vorstand herbeiführen sollte, so durfte unter diesen Umständen dieses noch als ein beachtenswerter Erfolg verzeichnet werden. Aber der Vorstand weigerte sich nachher, dieser Resolution zu gehorchen und so erwiesen sich die sehr verdankenswerten Bemühungen dieser Versammlung trotzdem nutzlos, um den vom Vorstand an den Haaren herbeigezogenen Streit auf die unauffälligste Weise aus der Welt zu bringen. Den zu versendenden Formularen für die Urabstimmung legte dann der Vorstand wiederum Wahlempfehlungen für sich und den Präsidenten bei, sowie Drucksachen beschimpfenden Inhalts gegen mich. Eine Urabstimmung sollte bekanntlich nach der Regel sonst neutral vor sich gehen; wenn ich gegen dieses Vorgehen und die gehässige Literatur nicht reagierte, so geschah es im Interesse der Konstatierung, wieviele der Mitglieder im so für den Vorstand günstigen Fall für diesen, und somit für Standespolitik stimmen würden. Daß nur zirka 190 Stimmen, trotz eifrigst betriebener Agitation dieser Seite zufielen, dürfte beweisen, daß mein angefochtener Artikel „Interessengemeinschaft und Standespolitik" die Gesinnung der als Angestellte tätigen Mitglieder richtig erfaßt hatte, und daß die Mehrzahl der Angestellten in der Seidenindustrie für standespolitische Agitation nicht zu haben ist. Dafür vermag ich mich doch meinerseits nichts, und war mir deshalb der gegen mich gerichtete Aufruhr wegen meines Artikels unbegreiflich. Denn nur die Merkmale der, infolge des ohne genügende Fühlungnahme mit dem Mitgliederkreis erfolgten einseitigen Vorgehens des Vorstandes, die sich immer deutlicher in einer werdenden Spaltung im Verein und durch den Austritt vieler Mitglieder dokumentierte, hatte mich zur Stellungnahme veranlaßt. Die mit dem neuen Kurs nicht einverstandenen Mitglieder wollte ich zum Verbleiben im Verband, im ursprünglichen Verein ehemaliger Seidenwebschüler Zürich ermuntern. Diesen Artikel hatte ich übrigens in meiner Eigenschaft als früheres langjähriges Vorstandsmitglied und Präsident des Vereins geschrieben, der ich in Kenntnis der Vereinsgeschichte nicht gleichgültig zusehen konnte, wie der ursprünglich gut prosperierende Verein immer mehr einem ungewissen mißlichen Schicksal entgegenging.

Soweit die Reihenfolge und Einwirkung der näher liegenden Ereignisse, zu deren Erklärung noch einige Vorgänge aus den zwei letzten Jahren dienen dürften, die genügend belegen, daß ich meinerseits stets die Interessen der Vereinsmitglieder, des Vereins als solchen und der Zeitung im Auge gehabt habe.

Bereits im Jahresbericht 1917 des Vereins ehemaliger Seidenwebschüler Zürich hatte ich im Kapitel über Vereinsorgan auf die durch den Werkmeisterverband und den Kaufmännischen Verein inszenierte Propaganda für die Angestelltenbewegung aufmerksam gemacht, womit diese Vereine zahlreiche neue Mitglieder an sich zogen. Dabei hatte ich für den Vorstand eine Bemerkung eingeflochten, beizeiten diese neuen Erscheinungen zu prüfen und gegebenenfalls die unserem Verein angehörenden Angestellten merken zu lassen, daß der Vorstand auf dem laufenden ist und auch um ihr Fortkommen sich interes-

siert. Aber erst im Sommer 1918, als bei gleichgebliebenen Löhnen die Teuerung immer höher gestiegen war und die Situation für die Angestellten auch in unserer Industrie sich immer drückender gestaltete, als dann ein Vereinsmitglied einen entsprechenden Artikel in unsere Zeitung schrieb, kam der Vorstand in etwelche Bewegung. Fatalerweise war aber die Einwirkung auf den Vorsitzenden nicht die zu wünschende; denn, trotzdem mein Bericht über das Vereinsorgan an der Generalversammlung im Frühjahr genehmigt worden war, erfolgte vorerst eine Monate andauernde Erforschung von Vorstands- und Vereinsprotokollen und dann als Resultat ein Brief mit Vorwürfen an mich, weil ich den erwähnten Passus im Jahresbericht geschrieben und den Artikel des Vereinsmitgliedes nicht vor der Aufnahme ins Vereinsorgan dem Vorstand zur Einsicht unterbreitet habe. Meinem Unwillen über dieses merkbar bürokratisch-pedantische Gebaren angesichts der damals infolge der fortwährenden Teuerung wirklich immer mißlicher werdenden Lage vieler Angestellter in der Industrie gab ich in einer folgenden Vorstandssitzung, zu der ich eingeladen worden war, ziemlich deutlich Ausdruck. Denn als Chefredaktor war ich zur Wahrung des Redaktionsgeheimnisses dem Einsender gegenüber verpflichtet und hatte ich die Zeitung seit Jahren zum unabhängigen Sprachorgan für Angestellte und Arbeitgeber in unserer schweizerischen Textilindustrie zu machen gesucht, und besonders auch zur Abwehr bürokratischer Anmaßung und Reglementiererei. Darum hatte ich mich auch schon 1904, als man behördlicherseits wegen verschiedenen meiner Artikel über Fachschulwesen* durch Einwirkung auf den Vorstand eine Zensur einführen wollte, mich unabhängig vom Vorstand durch eine Generalversammlung als Chefredaktor wählen lassen, und so war es bis anhin stets geblieben.

Das war die wenig erfreuliche Ouvertüre des Zusammenarbeitens mit dem Vorstand bezüglich dessen Präsidenten vor 2 Jahren und unerfreulich ist es bis zum Schluß geblieben. Der Vorsitzende, im Hochgefühl seiner Würde, richtete sich mit seinen Einsendungen nie rechtzeitig nach den Erscheinungsterminen der Zeitung und so gelangte z. B. das schließlich zustande gekommene Zirkular über die Standesbewegung, das in der Ende August 1918 zu versendenden Nummer hätte erscheinen sollen, erst am 4. September in meinen Besitz und mußte es deshalb separat gedruckt und verschickt werden, nicht wie in einem der Pamphlete geschrieben steht, weil ich es absichtlich nicht aufgenommen hätte. So zog sich infolge der Verschleppung einer eigentlichen Aktion die Ermöglichung einer Generalversammlung bis Mitte Jan. 1919 hin, wo dann trotz dem Eintritt auf Standespolitik der Weiterführung der Zeitung wie bis anhin als Fachschrift für Textilindustrie ohne Opposition zugestimmt worden ist. Auf diesen letzten rechtsgültigen Beschluß in Sachen der Zeitung stützt sich meine Tätigkeit als Chefredaktor von da an bis zur Gegenwart. Da ich als solcher nicht dem Vorstand untergeordnet, sondern dem Verein als solchem und überhaupt dem ganzen Leserkreis verantwortlich bin, so mußte ich notwendigerweise mit dem Vorstand des V. A. S. in Konflikt geraten, der anmaßend und willkürlich sich die ganze Zeit über unberechtigte Eingriffe in meine Kompetenzen als Chefredaktor erlaubt hat und zwar ohne jegliche Rücksicht auf die Tradition des Vereins und der Zeitung. Nicht nur als Chefredaktor, sondern auch als früheres Vorstands- und langjähriges Ehrenmitglied des Vereins ehemaliger Seidenwebschüler glaube ich nach bestem Gewissen im Interesse einer logisch richtigen Entwicklung des Vereins bei seiner jetzigen Umgestaltung gewirkt zu haben. Verschiedenes davon ist im zweiten Teil des angefochtenen Artikels über „Interessengemeinschaft und Standespolitik" enthalten. So hatte ich anläßlich der Beratung der neuen Statuten, die nach der Januarversammlung 1919 im Vorstand einsetzte und zu der ich jeweils zugezogen worden bin, gestützt auf meine bereits dreißigjährige Erfahrung der Verhältnisse in unserer Seidenindustrie und die Kenntnis der Mentalität der Mehrzahl unserer Mitglieder im März letzten Jahres schon den Vorschlag gebracht, statt auf Standespolitik mehr auf Interessengemeinschaft mit den Arbeitgebern in der Textilindustrie hinzuarbeiten. Mir schwebte eine Organisation vor, ähnlich dem ostschweizerischen Volkswirtschaftsbund, der aber erst später ins Leben gerufen worden ist und hätte unser Verein die Initiative dazu ergreifen sollen. Der Vorstand verhielt sich demgegenüber aber ablehnend. An der Ende April folgenden Generalversammlung habe ich das Projekt trotzdem wieder vorgebracht, weil ich aus der Beteiligung an der Versammlung neuerdings den Eindruck erhielt, daß Standespolitik allein nicht das zugkräftige Mittel für unsere Mitglieder sei. Wie im Protokoll festgehalten ist, wurde dann infolge des vom Präsidenten Hch. Schoch unterstützten Votums des Vorstandsmitgliedes Herrn Dr. Niggli, mein Projekt stehe nicht auf der Traktandenliste und sei eine Diskussion hierüber deshalb nicht zulässig, jede weitere Erörterung hierüber verunmöglicht. Leider, denn wie die heutige Situation des Vereins zeigt, wäre sie damals sehr am Platz gewesen.

Es fand dann erst bei Beginn Oktober wieder eine Vorstandssitzung statt, nachdem inzwischen die genehmigten Statuten gedruckt und zirka 600 Stück zur Propaganda versandt worden waren, worauf etwa 60 neue Mitglieder eingetreten sind. Dieser kleine Erfolg hatte etwas pessimistisch gestimmt, umsomehr, da von da an die Austritte bisheriger und besserer Mitglieder immer häufiger einsetzten. Man wollte sogar das von Herrn Honold, dem Präsidenten der Unterrichtskommission, gut ausgearbeitete Programm der Unterrichtskurse für 1919/20 total beschneiden, und erst auf mein Zureden hin wurde es in vollem Umfang veröffentlicht. Damals schrieb ich dann meinen Artikel für die Subvention dieser Kurse durch einen namhaften Beitrag* durch die in Liquidation tretende S. I. S.; denn die Unterrichtskurse dieses Vereins waren von jeher eine der nützlichsten Institutionen im Rahmen unserer Seidenindustrie.

Es tauchte dann der Vorschlag auf, man wolle einen besoldeten Vereinspräsidenten oder Sekretär anstellen. Ich habe angeraten, man solle zuerst noch eine größere Versammlung der Kreise der gesamten Textilindustrie einberufen, um die Stimmung über die einzuschlagende Richtung in der Vereinstätigkeit besser kennen zu lernen. Ich

* Später ausgearbeitet als Broschüre: Fritz Kaeser. Zur Frage der Gestaltung unserer Fachschulen. Ein Wort an Behörden, Industrielle und Gewerbetreibende, Fachlehrer und Fachschüler. Zürich 1905.

* Das angewandte Gleichnis von den Brosamen halte ich trotz des erfolgten Dementi seitens des Herrn Dr. Niggli aufrecht, wenigstens wie ich aus verschiedenen Ansichten über die Subventionierung der Unterrichtskurse, seinerzeit als ich Präsident des V. e. S. Z. war, kennen gelernt hatte. Da ich in Industriekreisen schon öfters gefragt worden bin, welcher Art die Stellungnahme des Herrn Dr. Niggli im aktuellen Streit wegen der Zeitung eigentlich sei, so ist dieselbe wie folgt zu erklären. Als Sekretär der Zürcher. Seidenindustrie-Gesellschaft u. redaktioneller Mitarbeiter nimmt er offiziell Partei für mich; da er aber zugleich bis vor kurzem Sekretär im Vorstand des Vereins ehemaliger Seidenwebschüler Zürich gewesen ist, so nimmt er inoffiziell ebenfalls Partei für diesen. Seine persönlichen Sympathien stehen mehr auf Seite des von Herrn Hch. Schoch präsidierten Vorstandes, dessen Beschlüsse er mit beeinflußt hat, indem ihm meine unabhängige Stellung als Chefredaktor und damit der Zeitung, nicht so recht konveniert. Daraus ergibt sich der interessante Fall, daß er auf zwei Seiten Rechnung tragen muß, währenddem ich mich für die Erhaltung der Unabhängigkeit der Zeitung zweier Seiten zu erwehren habe.

schlug vor, diese Versammlung auf einen Sonntag in die Tonhalle in Zürich einzuberufen und Herrn Dr. Iklé, den bewährten Sekretär des Industrievereins St. Gallen und Hauptbegründer des ostschweizerischen Volkswirtschaftsbundes für einen einschlägigen Vortrag zu gewinnen zu suchen. Erst dann, wenn sich aus dieser Versammlung ein wirkliches Interesse für eine Vereinstätigkeit in größerem Rahmen ergebe und ein namhafter Mitgliederzuwachs sicher wäre, sollte man einen besoldeten Vereinspräsidenten oder Sekretär anstellen. Vor allem warnte ich davor, ja nicht einen unsern Verhältnissen fremden Advokaten zu wählen, sondern einen tüchtigen Fachmann aus unserer Industrie, der infolge seiner Kenntnisse, Charakter und Persönlichkeit die einzige Gewähr für eine erfolgreiche Wirksamkeit bieten könnte.

Scheinbar ging man dann im Vorstand auf meinen Vorschlag ein, aber ich merkte von gewisser Seite schon eine Gegenströmung, die mehr auf die Standespolitik tendierte. Man schrieb zwar vom Vorstand aus an Herrn Dr. Iklé wegen eines Vortrages, welcher Brief vorerst ablehnend beantwortet wurde. Da mir die Angelegenheit wichtig genug schien, hatte ich meinerseits ebenfalls in ausführlicher Weise mit orientierenden Belegen an Herrn Dr. Iklé geschrieben. Auf meinen etwas später eingetroffenen Brief sagte er aber einen Vortrag zu. Diese Mitteilung übergab ich sofort dem Vorstand, der aber nicht mehr darauf reagiert hat, indem die Angelegenheit auf dem besser konvenierenden Weg mit der Wahl eines Advokaten als Verbandsleiter ihren Ausgang gefunden hat. Dieser ganze Vorgang von da an kann von der traditionellen Vorstandstätigkeit unseres Vereins aus betrachtet, nicht anders als eine Ueberrumpelung der Mitglieder bezeichnet werden. Ohne sich über die Finanzlage des Vereins irgendwelche Rechenschaft zu geben und ohne eine vorangängige orientierende Mitteilung an die Mitglieder ist am 6. Dez. als Verbandsleiter Herr Dr. Hans Zoller gewählt worden mit einem Salär von Fr. 3000.—. So etwas hätte sich vor Jahren im Verein ehemaliger Seidenwebschüler jemand erlauben sollen, da wäre er schön angekommen! Am 25. November, am Tag wo die Zeitung bereits hätte erscheinen sollen, überbrachte mir der Präsident, Herr Schoch die Dokumente für diese sogenannte „Propaganda-Nummer", bei deren Ausführung er auch ein Wort mitzusagen wünschte. Sie sollte der Knalleffekt für Werbung neuer Mitglieder für Standespolitik werden, nachdem von Vorstandsseite aus in den vorausgegangenen Nummern Artikel wie die mit „Alpha" und „Beta" unterzeichneten lanciert worden waren, mit Aufführung glänzender Saläre für alle Berufsbranchen und lockenden Verheißungen für das künftige Eldorado für die Angestellten in der Seidenindustrie. Ich hatte diese Einsendungen entgegengenommen, nicht weil ich damit einverstanden war, sondern weil ich der Propagandaaktion des Vorstandes nicht hindernd im Wege stehen wollte. Dem Zeitungssetzer hatte ich dagegen genaue Weisungen erteilt, wie die Standespolitiksätze einzuschalten seien, damit die Zeitung für den übrigen Leserkreis doch noch als Fachschrift annehmbar sei. Wer aber hinter meinem Rücken mit Drohungen den Drucker verleitet hat, nicht mir sondern ihm wegen der Plazierung der sechzehn Standespolitiksätze zu gehorchen, das ist der Vertreter des Alleineigentumrechts an die Zeitung, Herr Hch. Schoch gewesen. So ist die taktlose Propaganda-Nummer entstanden, die ich, da Herr Schoch inzwischen telephonisch beim Drucker eine viel größere Anzahl Exemplare als die vorgesehene verlangt hatte, dann in ihrer gesamten Auflage für seine Zwecke zur Verfügung ließ und sofort für den andern Leserkreis einen Separatdruck ohne diese Verunstaltung erstellen ließ. An der Generalversammlung wurde von einem Teilnehmer an derselben, wie ich nachträglich vernahm, ein Waschzeddel geschrieben, der von Herrn Hch. Schoch als „Stimme aus der Industrie" verlesen worden ist, wonach ich für diesen Extradruck zahlungspflichtig sei und dafür behaftet werden müsse. So ist Komödie gespielt worden und begreiflich, daß ich schon an jener Versammlung mit meiner Antwort diesen Gaukeleien ziemlich träf entgegentrat.

Wie eigenartig einseitig Herr Dr. H. Zoller, der sich im Vereinsorgan für Rechtsauskunft an die Mitglieder empfiehlt, nach einer Richtung befangen war, möchte ich an einem Beispiel zeigen. In dem von Herrn Schoch inspirierten und vom Vorstand unterzeichneten Pamphlet vom 15. Januar gegen mich steht geschrieben, ich hätte auf die Vorladung vom Audienzrichter auf 3. Januar „8 Tage vorher das Manuskript der Fortsetzung meines Artikels über „Interessengemeinschaft und Standespolitik" aus der Druckerei zurückgezogen, umgearbeitet und dann wieder zugestellt, d. h., ich hätte demnach ein schlechtes Gewissen gehabt und den Inhalt verändert. Herr Dr. Zoller hat an der kürzlich stattgehabten Generalversammlung diesen Fall noch extra betont.

Nun ist der Sachverhalt aber folgender. Diese 8 Tage vorher treffen auf den 27. Dezember, einen Samstag, an dem ich vor die sogenannte Zensurkommission zu Herrn Dr. Zoller vorgeladen worden war. Der Drucker der Zeitung war im gleichen Fall, d. h. Herr Schoch, der seit der Propaganda-Nummer diesem oft genug im Nacken saß, wollte ihn in der Druckerei zwingen, die Manuskripte herauszugeben. Der Drucker verweigerte dies ohne meine Einwilligung und wurde er dann auf das Inquisitionsbureau Zoller, bezüglich zur Zensurkommission, geschleppt, wo man ihm Himmel und Hölle heiß machte, d. h. entweder habe er in Anbetracht des Alleineigentumrechts des Vereins an die Zeitung zu gehorchen, oder man entziehe ihm sofort den Druck. Als er sich wegen meines Verbots dennoch weigerte, wurde von Herrn Dr. Zoller proponiert, ob er auf eine richterliche Verfügung hin die Manuskripte herausgeben würde, worauf der Drucker in diesem Fall bejahte. Nun war ich nachher vor der Zensurkommission, zu der hinzugehen ich per telephonischen Anruf „man wolle sich mit mir verständigen", veranlaßt worden war. An Ort und Stelle sah ich aber nur drohende Gesichter und der Anruf „entweder parieren oder vor den Richter" veranlaßte mich, schleunigst mich wieder zu entfernen. Nun ging ich in die Druckerei, wo ich von der einzuholenden richterlichen Verfügung hörte. Was war zu tun? Da ich ohne den unverantwortlichen Eingriff des Vorstandes in meine Rechte die Zeitung noch im alten Jahr auf die Post hatte bringen wollen, schon wegen dem Neujahrsgruß, so war glücklicherweise beinahe die ganze Zeitung gesetzt und so nahm ich die Manuskripte mit nach Hause, damit, wenn eine richterliche Verfügung komme, der Drucker sich ausreden könne, er habe keine Manuskripte mehr bei sich, was natürlich auch den Vorstandsschnüfflern gesagt worden ist. Das hätte sich Herr Dr. Zoller bei einigem Nachdenken doch fragen dürfen, wie ich anläßlich des richterlichen Verbotes vom 29. Dezember, die Zeitung nicht erscheinen lassen zu dürfen, diese trotz der Feiertage am 3. Januar vormittags nach der Verhandlung vor Audienzrichter fertig adressiert und verpackt der Post hätte übergeben können, wenn nicht der Satz an jenem Tag beinahe komplett gewesen wäre, und zudem nahm der fragliche Artikel die drei ersten Textseiten der Zeitung ein. Das ist ausgeschlossen, daß ich etwa aus Furcht vor dem Vorstand oder sonst jemand nur ein Wort in einem von mir durchdachten Artikel abgeändert hätte. Uebrigens hatte ich gerade in jenen Tagen genug Arbeit mit der Abfassung und Versendung von Zirkular und Karten für die Urabstimmung, sowie deren Versendung an die Mitglieder, durch deren Ergebnis die Zeitung doch wenigstens für ein

Vierteljahr vor weitern unüberlegten Schritten des Vorstandes gesichert werden konnte. Dieser eine Fall zeigt aber, wie gedankenlos und gehässig im gesamten gegen mich pamphletiert worden ist. Wenn ich hier eine Bemerkung einzuflechten mir erlaube, so ist es die, daß ich glaubte, ein Verbandsleiter und zudem Rechtsgelehrter sei für alle Mitglieder, so auch für mich da. Er beziehe sein Salär nicht nur, damit er den unlauteren Absichten einiger Vorstandsmitglieder als Advokat und Helfershelfer diene, sondern er habe unparteiisch zum Rechten zu sehen? Von Anfang an ist aber Herr Dr. Zoller auf Seite der ihn inspirierenden Vorstandsmitglieder gestanden, als ob sie die Vertreter des Tugendhaften und ich der vom bösen Geist Besessene sei. Und doch hätte ich ihm mit Dokumenten und Belegen für alles, was ich hier in diesem Artikel ausgeführt habe, dienen können und trotz allen Bemühungen, eine Annäherung herbeizuführen, ward mir die Gnade des Genießens seiner Rechtsauskunft nie zuteil. Wie schwer durch diese Einseitigkeit gefehlt worden ist, das habe ich zur Genüge in dieser Zeit erfahren müssen und wie, abgesehen von den verursachten Kosten für den Verein durch die Zeitungssperre auf den Beginn eines neuen Jahres diese finanziell geschädigt worden ist, darüber ließe sich noch vieles erzählen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich nicht unterlassen, noch auf das Eröffnungswort des abtretenden Präsidenten Hch. Schoch anläßlich der Wahlversammlung vom 6. Dezember zurückzukommen. Er sagte, bis anhin sei der Verein ehemaliger Seidenwebschüler Zürich gewesen — ein paar Unterrichtskurse — (mit einer wegwerfenden Handbewegung begleitet) und sonst nichts als das Vereinsorgan. Dieses sei ursprünglich ein unscheinbares Käsblättlein gewesen, aber durch mich zu einer ansehnlichen schweizerischen Fachschrift der Textilindustrie emporgearbeitet worden. Man werde nie vergessen, was ich dafür geleistet habe. Diese Zeitung behalte man nun auch im nunmehrigen Verband der Angestellten der schweizerischen Seidenindustrie, der nun ganz andere Ziele unter dem noch zu wählenden Verbandsleiter verfolgen werde. Man werde noch Wunder erleben....

Nun, ich glaube, wir haben seither mancherlei Wunder erlebt, sogar ganz blaue. Was die so geringschätzig beurteilte frühere Tätigkeit des Vereins ehemaliger Seidenwebschüler Zürich betrifft, so ist den gemachten Aeußerungen entschieden entgegenzutreten. Herr Schoch, der ehemalige Hilfslehrer an der Zürcherischen Seidenwebschule, hat jedenfalls diese frühere Vereinstätigkeit nie recht studiert, die erheblich vorteilhafter gegenüber den Leistungen während seines Präsidiums absticht. Wahrscheinlich hat er aber bei seinem Ausspruch seine eigene Amtsperiode im Auge gehabt und in diesem Fall ist seine Beurteilung zutreffend.

Nachfolgend ein Resumé der Vorstands- und Vereinstätigkeit in den beiden letzten Jahren: 1918 bis Sommer Saisonschlaf; zweites Halbjahr: erste bürokratische Aktion gegen den Chefredaktor, um die Zeitung unter den Daumen des Vorstandes zu bringen. Erstes Halbjahr 1919: Im Januar Generalversammlung mit Beschluß auf Standespolitik einzutreten; dann Beratung neuer Statuten. Ende April Versammlung zur Genehmigung derselben und Versendung solcher für Propagandazwecke. (Kritik im „Kaufmännischen Zentralblatt": Man habe die Statuten denjenigen des Kaufmännischen Vereins Zürich abgespickt und sich mit dem neuen Namen „Verband der Angestellten der schweizerischen Seidenindustrie" ein Schwindelhütchen aufgesetzt; denn in Wirklichkeit seien wir immer noch der „Verein ehemaliger Seidenwebschüler Zürich") Dann Saisonschlaf bis Oktober, wo die Unterrichtskurse festgesetzt wurden und man sich wieder auf die Standespolitik besinnt. Im November Kandidatenschau für einen besoldeten Verbandsleiter und Einleitung der Standespolitikaktion. Am 6. Dezember Versammlung mit Vortrag und Wahl des Hrn. Dr. Zoller; Ende Dezember Beginn der zweiten standespolitischen Aktion gegen den Chefredaktor, um die Zeitung unter den Daumen des Vorstandes zu bringen (scharfe Attacke nach Patent Dr. Springer). In Summa summarum: 1. Vollständige Verpassung einer Aktion zu rechter Zeit, um die Mitglieder an den Verein zu fesseln und neue zu gewinnen. 2. Ueberstürzte Wahl eines besoldeten Verbandsleiters mit zu später Einleitung der Standespolitikaktion, da inzwischen der Schweiz. Kaufmännische Verein und der Schweizer. Werkmeisterverband längst mit ihrer Tätigkeit und Werbepropaganda, die auch für unsern Verein geeigneten Angestellten der Seidenindustrie an sich gezogen hatten. 3. Bürokratische und standespolitische Aktion gegen den Chefredaktor und die Zeitung. Vereklung des fernern Verbleibens der langjährigen und bisher anhänglichen Mitglieder beim Verein. Positiver Erfolg: — ein paar Unterrichtskurse —; daneben mancherlei mühselige Experimente; viel Kosten bei negativen Resultaten. Endergebnis: Viel Gescheer und wenig Wolle — oder: Viel Lärm um nichts, — oder in neuzeitlichem Ausdruck: Wir haben die Standespolitikpfeife viel zu teuer bezahlt!

Ihr Mitglieder des V. e. S. Z. oder nun des V. A. S. — der Name tut nichts zur Sache — vergleicht nun einmal diese Art einer Vereinsleitung und deren Resultate mit den Anforderungen, welche die Zeitumstände im Interesse der Vereinsentwicklung und der Mitglieder gestellt gehabt haben. Ist es da verwunderlich, wenn neue Mitglieder nur spärlich und zögernd beigetreten sind, wenn dagegen der Kern des Vereins sich lockert und wir mehr und mehr bisherige längjährige Mitglieder verlieren. Hat nicht jeglicher Schneid und Tatkraft zur rechten Zeit gefehlt und ist nicht das Erfassen der Zeitumstände als Förderungsmittel im Interesse der Mitglieder vollständig außer Acht gelassen worden? Wo im gleichen Zeitraum die Konkurrenzvereine an Mitgliederzahl sich zum Teil mehr als verdoppelten und die Mitglieder aus ihrer Vereinsangehörigkeit für sich Vorteile gezogen haben. Und war die Einfädelung der Anstellung eines besoldeten Verbandsleiters, zu einer Zeit, wo das Interesse für Standespolitik bereits im Abflauen begriffen und der Vereinsboden infolge vieler Mitgliederaustritte bereits gelockert war, angesichts der Finanzlage des Vereins und ohne vorher erfolgte gründliche Sondierung der Stimmung der Mitglieder hierüber nicht ein Akt der Leichtsinnigkeit? Dazu die Wahl eines jungen, mit unsern industriellen und internen Verhältnissen vollkommen unvertrauten Mannes, bei dem die Eignung dazu nicht vorauszusetzen war, wie es sich ja seither erwiesen hat, um den verfahrenen Karren wieder auf die richtige Bahn bringen zu können.

Vergleiche man dagegen, wie ich mich in der gleichen Zeit stets bemüht habe, trotz dieser schleppenden, unfruchtbaren und behindernden Vereinstätigkeit, die Zeitung mit monatlich zweimaligem Erscheinen wieder zur Prosperität zu bringen, wo die Teuerung des Papiers und des Druckes und die Ungunst der Zeitumstände sonst schon die Existenz einer Fachzeitung zu untergraben drohten. Begreifen die Mitglieder nun wohl, daß ich auch in ihrem Interesse die bürokratische wie die standespolitische Aktion des Vorstandes und unstatthafte Angriffe habe abwehren müssen, sollte das Ansehen der Zeitung im übrigen Leserkreis nicht geschädigt und damit deren Prosperität in Frage gestellt werden. Habe ich die Situation überblickend, nicht stets mit meinem Rat gesucht, dem Vorstand den richtigen Weg zu weisen, um zu verhüten, daß die Entwicklung des Vereins noch mehr zu Schaden komme, als wie infolge der bürokratisch unzulänglichen Vereinsleitung es mehr und mehr den Anschein bekam? Und war mein Artikel „Interessengemeinschaft und Standespolitik" nicht in dem Bestreben geschrieben worden, für

diejenigen Mitglieder, die auf Standespolitik eintreten wollten, den sich lösenden Kern des Vereins ehemaliger Seidenwebschüler wieder anzuschmiegen, damit sie in ihrem Vorgehen nicht zu sehr ohne Rückhalt sind. Ist nun die von jener Seite, deren Lässigkeit und Unzulänglichkeit die mißliche Situation des Vereins direkt verursacht hat, gegen mich eingeleitete und durch verleumderische Pamphlete künstlich geschürte Hetze irgendwie motiviert? Habe ich nicht vollkommen im Interesse der Mitglieder gehandelt, indem ich ihnen die Wahrheit sagte, damit sie sich vorsehen können und nicht in blindem Vertrauen eine Richtung verfolgen, wo das ersehnte Ziel nicht zu erreichen ist? Wohlverstanden, es kommen hier weniger persönliche als grundsätzliche Dinge in Frage. Sobald man die Zeitung einer bürokratischen oder standespolitischen Zensur unterstellt, wäre es auch mit der freien Meinungsäußerung der einzelnen Mitglieder aus. Je nachdem würde die Wahrheit unterdrückt, Täuschung und Betörung hätten dagegen offene Wege. Die Zeitung würde ihren Wert als Sprachorgan der Industrie verlieren und umsonst wäre dann die jahrelang für sie geleistete Arbeit gewesen.

Und nun die Unvergeßlichkeit meiner Leistungen für die Zeitung, von der Herr Schoch an der Generalversammlung gesprochen hat! Die Arbeitgeber in der Seidenindustrie müssen einen sonderbaren Begriff von der Dankbarkeit des Vorstandes des Angestelltenverbandes für meine Leistungen erhalten, wenn sie die Attacke verfolgt haben, die seither gegen mich von diesem Vorstand aus, nach so kurzer Zeit des getanen obigen Ausspruches bereits erfolgt ist. Nachdem ich mich so lange im Interesse des Vereins und des Vorstandes bemüht hatte, wirft es ein sonderbares Licht auf die Taktik des Vorstandes, der auf meinen sachlich durchaus richtigen Artikel über „Interessengemeinschaft und Standespolitik" anstatt mich bei Meinungsverschiedenheiten anschließend zu einer Besprechung mit dem Vorstand einzuladen, gleich mit Zensurkommission, Audienzrichter und Zeitungssperre aufgetreten ist. Selbstverständlich mußte ich deshalb des Ansehens meiner Stellung als Chefredaktor des Leserkreises gegenüber und der Zeitung wegen wie bereits betont, dem Vorstand so gegenübertreten, wie ich es getan habe. Wenn Herr Dr. H. Zoller und der Vorstand nun finden, ich habe wiederholt meine Kompetenzen als Chefredaktor auf schmähliche Art mißbraucht und überschritten, so überlasse ich das Urteil hierüber ruhig den Lesern. Ich stütze mich auf die öffentliche Meinung in den Kreisen der Arbeitgeber und Angestellten in der schweizerischen Textilindustrie, die mehr wert ist, als was von solcher Seite aus behauptet wird. Uebrigens habe ich in den 26 Jahren meiner Redaktionstätigkeit nie irgendwelche Anstände von Belang gehabt, und Meinungsverschiedenheiten wurden gewöhnlich in aller Kürze in der Zeitung selbst ausgefochten. So war es einem Vereinsvorstand vorbehalten, eine neue Taktik zur Erledigung von Preßangelegenheiten zu ersinnen und wenn er glaubte, ich werde auf die gut und umfassend vorbereitete Attacke hin ihm sofort die Zeitung hinwerfen und mich drücken, so war das seinerseits eine verfehlte Spekulation. Uebrigens habe ich mich in der ganzen Angelegenheit immer nur auf die Abwehr beschränkt und bis zuletzt die Möglichkeit einer friedlichen Einigung offen gelassen. Weniger der schönen Augen des Vorstandes wegen, sondern im Interesse eines ferneren friedlichen Zusammenarbeitens. Man hat dieses Entgegenkommen verschmäht. Nun, wir wollen noch des Resultat der Schiedsgerichtsklage gegenüber der Vereinigung ehemaliger Webschüler von Wattwil abwarten. Diese wird ihren Standpunkt in der Zeitungsangelegenheit jedenfalls auf gut schweizerisch zu behaupten wissen. Und dann komme ja ich noch an die Reihe. Da die Schaffung der Zeitung zu einer „Fachschrift für die gesamte Textilindustrie" selbst von den Gegnern als mein Werk und mein geistiges Eigentum anerkannt wird, und die Summe der Arbeit vieler Jahre repräsentiert, für die ich mit dem Verein ehemaliger Webschüler noch abzurechnen gehabt hätte, so glaube ich nicht, daß dem Vorstand des V. A. S. genügend Mittel zur Verfügung stehen, um mich bei der Uebernahme in anständiger Weise abzufinden und bei einem Schiedsspruch dürfte ihm höchstens das unscheinbare Käsblättchen zugesprochen werden, das es nach dem Ausspruch des Herrn Schoch war, als ich die Zeitung mit dem vorhandenen Defizit übernommen hatte. Auch der Zeitungsfonds, den ich dann mit den Jahren an meiner Tätigkeit abgespart habe, um ohne Beanspruchung irgendwelcher Subvention, Unterstützung oder freiwilliger Beiträge die Zeitung als vollständig unabhängiges Organ im Interesse der gesamten einheimischen Textilindustrie erhalten zu können, dürfte auf keinen Fall für andere Zwecke als für Reserve für die Zeitung vorhanden sein.

Wie sich hieraus ergibt, harren noch mancherlei Fragen der Lösung, bevor das Alleineigentumsrecht des Vorstandes des V. A. S. als „Rechtsnachfolger" des Vereins ehemaliger Seidenwebschüler in Kraft tritt. Nicht am wenigsten wird es sich auch darum handeln, welches Schicksal dem Verband der Angestellten der schweizerischen Seidenindustrie noch vorbehalten ist. Wohl steht im jüngst versandten Jahresbericht, es seien 60—70 Neueintritte erfolgt, aber verschwiegen, daß seit der Standespolitikbewegung vielleicht mehr als die doppelte Anzahl älterer, langjähriger Mitglieder ausgetreten ist und wie ich befürchte, als Folge der sonderbaren Vorstandstaktik noch viel mehr austreten werden. Daß nach dem Rücktritt des bisherigen Verbandsleiters Dr. H. Zoller die Finanzen des Vereins zur Anstellung eines besoldeten Präsidenten nicht mehr reichen, ist vom Rechnungsrevisor an der letzten Generalversammlung bereits gesagt worden. Ich befürchte, daß der künftige Präsident eine sehr ungefreute Erbschaft anzutreten haben wird und ich glaube, das Programm des Vereins wird vorderhand weder für „Interessengemeinschaft" noch für „Standespolitik" reichen. So zeigt sich die Verwüstung, die innerhalb der verhältnismäßig kurzen Zeit von zwei Jahren die, gelinde gesagt, Ungeschicklichkeit einer Vereinsleitung angerichtet worden ist. Wenn ich durch mein Standhalten als Chefredaktor verhütet habe, daß die Zeitung mit in den Chaos hineingezogen worden ist, so dürfte das die beste Genugtuung für mich sein. Daß übrigens Mentalität und Charakter der Angestellten in der Zürcher Seidenindustrie nicht nach den hier behandelten leidigen Vorkommnissen zu beurteilen sind, sondern vorzüglich benannt werden dürfen, kenne ich aus eigener Erfahrung, sei es aus meiner früheren zwölfjährigen Tätigkeit als Fachlehrer an der Zürcherischen Seidenwebschule, wie auch aus meinem seitherigen Verkehr in der Industrie. Aber es gibt Ausnahmen und dann ist die leidige Standespolitik viel Schuld daran, von der sich in Paranthese zum Sprichwort: Die Politik verdirbt den Charakter — nach den bisherigen beobachteten Einwirkungen beinahe sagen ließe: die Standespolitik verwirrt die Vernunft und verdirbt den Arbeitsgeist.

Damit wollen wir die Behandlung dieser Angelegenheit, die auf allen Seiten so viel Aerger und Verdruß verursacht und Zeit und Geld gekostet hat, in dieser Zeitung als erledigt erachten. Wer noch etwas will, der bediene sich des von Herrn Dr. Zoller gern empfohlenen Radikalmittels, das heißt, man gehe vor den Richter.

So werde ich inzwischen, wie auch die Sache fernerhin sich gestalten sollte, meine Tätigkeit in bisheriger Weise fortsetzen. Die von mir redigierte und von unsern Mitarbeitern unterstützte Zeitung soll auf textilindustriellem, fachlichem Gebiet immer mehr das Organ der

mitbeteiligten Vereine sowie der gesamten schweizerischen Textilindustrie werden. Man wird nicht einseitige Klassenpolitik treiben, sondern für die Interessen aller beteiligten Kreise fernerhin zu wirken suchen.

Fritz Kaeser.

Zoll- und Handelsberichte

Gegen die Erschwerung der Ausfuhr aus Deutschland werden aus den verschiedensten deutschen Textilindustriezweigen Stimmen laut. So wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die Spesen für die Ausfuhrbewilligungen eine solche Höhe angenommen haben, daß sie für den Export tatsächlich eine Gefahr bilden. Es wird nämlich unter anderem unter dem Titel „Soziale Gebühr" ein Betrag von 5% — i. W.: fünf Prozent — abgenommen, und ist jetzt folgendes zu entrichten:

1. Ausfuhrgebühr (soziale Gebühr) 5%
2. Gebühr für das Reich 1%
3. Gebühr der Außenhandelsstelle ½%
4. Gebühr für Preisprüfung ½%

Natürlich ist seinerzeit bei der Kalkulation mit derartig hohen Ausfuhrspesen nicht gerechnet worden und man fragt sich mit Recht: Wo nimmt die Regierung die Berechtigung her, denjenigen Fabrikanten, die sich bemühen, Auslandswerte zu schaffen, und die heute, nachdem die Preise der deutschen Fabrikate sich den Weltmarktpreisen vollkommen angepaßt haben, die auswärtige Konkurrenz sehr wohl zu fühlen bekommen, eine besondere Steuer von 5% aufzuerlegen? Dabei muß die soziale Gebühr schon bei der ersten Teillieferung für die volle Order an das Zollamt entrichtet werden, einerlei ob durch Fabrikationsschwierigkeiten oder durch Störungen irgendwelcher Art ein mehr oder weniger großer Teil der Order vielleicht überhaupt nicht zur Ausführung gelangt.

So heißt es zum Schluß: „Fort mit allen den Export hemmenden und erschwerenden Bestimmungen!"

Sozialpolitisches

Die vierte Konferenz des internationalen Arbeitsamtes wurde am 9. Juni in Genua eröffnet. Als Vertreter der Schweiz war Dr. Rüfenacht, Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung, anwesend. An der Konferenz wurde beschlossen, es sei gemäß Friedensvertrag der Sitz des internationalen Arbeitsamtes nach Genf zu verlegen.

Bürokratismus. Es kommt in der Schweiz, speziell seit dem neuen Steuergesetz im Kanton Zürich, vor, daß die Geschäftsinhaber von den Steuerbehörden Mitteilung der von ihren Angestellten und Arbeitern bezogenen Löhne aufgefordert werden. Nur ungern unterzieht man sich solchen Begehren, da zudem viel Arbeit damit verbunden ist. Noch anspruchsvoller ist die Bürokratie in Deutschland, indem sie sogar den Bezug der Steuern durch die Arbeitgeber verlangt. Dies gibt in einem Leitartikel des „Berl. C." zu folgender Bemerkung Anlaß:

In der letzten Zeit hatten die Arbeitnehmer gerade, weil die Konjunktur so niederging, allmählich eingesehen, daß zurzeit weitere Gehalts- und Lohnforderungen, die die Produktion oder das Geschäft noch mehr erschweren, im allgemeinen wenig angebracht sind. Man konnte schon in vielen Geschäftszweigen beinahe von einem Stillstand der Lohnbewegung sprechen. Da ist es nun die Regierung, die diesen mühselig erreichten Wirtschaftsfrieden wieder stört dadurch, daß sie die berüchtigte Steuerabzugsverordnung vom 25. Juni an in Geltung setzt und dadurch den Arbeitgeber zum Steuerbüttel des Fiskus gegen seine Angestellten macht. Es ist ganz selbstverständlich, daß eine derartige Verordnung stärkste Mißstimmung und Erregung in den Angestellten- und Arbeiterkreisen auslöst, und daß man seine Mißstimmung vor allem gegen den hierbei allerdings ganz unschuldigen Arbeitgeber richtet. Die Folge davon wird sein, daß die Arbeitnehmer, denen jetzt die 10% abgezogen werden, wieder mit neuen Gehalts- und Lohnforderungen an ihre Arbeitgeber herantreten werden, weil ihnen ja diese 10% nunmehr an ihrem Einkommen fehlen. Gewiß mag die Logik der Arbeitnehmer unrichtig sein, weil sie ja schließlich doch die Steuer bezahlen müßten. Aber eine verständige Regierung hätte von vornherein mit solchen Imponderabilien rechnen und eine solche Vorschrift erst gar nicht erlassen müssen. Die Arbeitgeber sind mit vollem Rechte ungeheuer empört darüber, daß man durch eine derartige Verordnung einmal zwischen ihnen und ihren Arbeitnehmern einen neuen Keil von Verstimmung und Zwiespalt treibt, und zweitens darüber, daß man ihnen zumutet, für den Fiskus überhaupt die Rolle des Steuereintreibers zu spielen. Man kann sich lebhaft einen Begriff davon machen, welches neue Maß von Arbeit und Verantwortung gänzlich überflüssigerweise den Arbeitgebern durch diese Steuerabzugsverordnung aufgebürdet wird. Es gibt nur in allen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen, ganz gleich, welcher politischen Richtung irgend jemand aus diesen Kreisen angehört, eine Stimme darüber, daß dieser Zustand auf die Dauer unhaltbar ist und so schnell wie nur möglich wieder beseitigt werden muß.

Industrielle Nachrichten

Aus der St. Galler Stickereiindustrie. Die ostschweizerischen Industriekreise beschäftigen sich fortwährend mit den Möglichkeiten des Absatzes der Stickereiprodukte und der inneren Ausgestaltung ihrer Industrie.

Das französische Einfuhrverbot hat selbstverständlich auch hier ziemlich starke Erregung hervorgerufen und hat man sich mit der schweizerischen Ausfuhr- und französischen Einfuhrstatistik für schweizerische Stickereien einläßlich beschäftigt, da hierin ansehnliche Differenzen zu konstatieren sind.

Nach der schweizerischen Ausfuhrstatistik betrug der Stikkerei-Export nach Frankreich im Jahre 1913 rund 6½ Millionen Fr., stieg von 1915 an und belief sich 1918 auf 12¾ Millionen Fr. Die seit 1918 eingetretene Vermehrung rührt daher, daß die französische Stickerei-Industrie durch die deutsche Besetzung des Gebietes von St. Quentin vollständig lahmgelegt war. Der Artikel war nur aus der Schweiz zu bekommen und wurde deshalb trotz der hohen französischen Zölle, die in normalen Zeiten prohibitiv wirken, in Frankreich gern gekauft. So kam es, daß sogar die geringen Massenartikel, die schwer ins Gewicht fallen, aus der Schweiz bezogen wurden. Es erscheint unnötig, die französische Regierung um einen besondern Schutz durch Reduktion der Einfuhrkontingente in irgendeiner Form anzurufen. Die französische Industrie ist durch die bestehenden Zölle schon derart geschützt, daß der Import aus der Schweiz von selbst auf ein kleines Quantum hochwertiger Waren zurückgehen wird, sobald in Frankreich wieder produziert werden kann. Zudem ist Frankreich inzwischen unter die valutaschwachen Länder gegangen, und die importierten Stickereien werden infolge der starken Entwertung des französischen Frankens derart teuer, daß Kauflust und Kaufkraft ohnehin abgenommen haben.

Das der Schweiz gewährte Kontingent in Schweizerfranken, das vom kaufmännischen Direktorium in St. Gallen unter die schweizerischen Exporteure verteilt und mit größter Gewissenhaftigkeit kontrolliert wird, ist klein zu nennen angesichts der Tatsache, daß auch die französischen Kolonien (Algier z. B.) und seit dem Friedensschluß Elsaß-Lothringen daran partizipieren. Die französische Regierung erteilt überdies ihren „Sinistrés de St. Quentin" noch eigene Einfuhrkontingente nach Gewicht, nicht der Schweiz zuliebe, sondern um ihren eigenen Fabrikanten, die durch den Krieg um die Produktionsmöglichkeit gebracht wurden, den Handel in Stikkereiien zugänglich zu machen. Diese Kontingente, auf die die Schweiz keinerlei Einfluß hat, sind noch in jüngster Zeit stark erhöht worden.

Wie von stark interessierter Seite betont wird, ist es klar, daß die Schweiz sich eine Herabsetzung ihres Kontingentes nicht gefallen lassen könnte, sofange anderseits die französischen Fabrikanten reichliche Einfuhrbewilligungen bekommen.

Die erheblichen Valutadifferenzen zwischen den verschiedenen Ländern und die gegenwärtig überall sich bemerkbar machenden Spartendenzen auch in der Anschaffung von Textilfabrikaten bleiben nicht ohne gehörigen Eindruck auf alle Kreise der Textilindustrie. Es werden mehr und mehr Stimmen laut, die an Hand dieses offenbaren Zurückhaltens und der vorkommenden Preisabschläge in Rohmaterialien darauf hinweisen, daß mit der Erhöhung von den Arbeitslöhnen auch gewisse Grenzen nicht überschritten werden dürfen, wenn die Industrieproduktion ihren Absatz finden soll.

So beschäftigte sich kürzlich ein Fachmann aus der St. Galler Stickereiindustrie mit den dortigen Verhältnissen, wie sie durch die vielen Verbände zur Wahrung der Interessen